

# Richtplan-Abstimmungen sollen abgeschafft werden

Vernehmlassungsverfahren zum Raumplanungsgesetz gestartet

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Abstimmungsniederlagen wie jüngst beim Nein zur Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil (Elba) oder zur Deponieplanung im Laufental soll es künftig für die Regierung und den Landrat nicht mehr absetzen. Die Baselibieter Regierung schlägt vor, das fakultative Referendum zu Richtplanbeschlüssen abzuschaffen. Sie hat das revidierte Raumplanungs- und Baugesetz in die Vernehmlassung geschickt. Es sieht ausserdem vor, die in der eidgenössischen Abstimmung angenommenen Vorgaben des nationalen Raumplanungsgesetzes umzusetzen – allerdings nur minimal.

## Frst schon fast abgelaufen

Die vom Bund angesetzte Frist zur kantonalen Umsetzung der neuen Bestimmungen des Raumplanungsgesetzes sind bereits nicht mehr einzuhalten: Die fünfjährige Übergangsfrist endet am 1. Mai 2019. Quasi auf den letzten Drücker hat die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) von Regierungsrätin Sabine Pegoraro einen Entwurf für die Revision des kantonalen Gesetzes verabschiedet. Der Regierungsrat hat den Entwurf nun gutgeheissen und in die Vernehmlassung geschickt.

Am heikelsten dürfte in der Vorlage die geplante Abschaffung des Richtplanreferendums sein. Regierungsrätin Sabine Pegoraro musste in der letzten Zeit zwei schmerzhaft Abstimmungsniederlagen hinnehmen. Am 8. November 2015 lehnten die Baselibieter Stimmberechtigten mit 60 Prozent Nein Elba ab. Und am 27. November 2016 lehnten es die Stimmberechtigten ab, die vorgesehene Deponie-Standorte

im Laufental im Richtplan zu verankern. Solches soll künftig nicht mehr passieren. Gemäss dem Entwurf des revidierten Raumplanungsgesetzes soll der Landrat künftig abschliessend über den Richtplan entscheiden können.

Gaben die beiden Abstimmungsniederlagen den Ausschlag für die vorgeschlagene Abschaffung solcher Volksabstimmungen? Baudirektorin Sabine Pegoraro wollte diese Frage nicht explizit beantworten. Sie liess ausrichten, dass sie sich hinter die Begründung in der Vernehmlassungsvorlage stelle. In dieser wird darauf hingewiesen, dass kein anderer Kanton das Richtplanreferendum als «zusätzliches demokratisches Kontrollinstrument» kenne. Das ist formal zwar richtig, würdigt aber nicht, dass einige Kantone Mitspracheinstrumente zu Nutzungsplänen oder Richtplanreferenden auf Bezirksebene kennen. Weiter wird in der Vernehmlassungsvorlage argumentiert, die Planung sei mit der Referendumsmöglichkeit umständlicher statt flexibler geworden, wie dies vor 20 Jahren bei der Einführung in Aussicht gestellt wurde. Das Volk neige dazu, mit partikularen Interessen die Planung zu erschweren – gemeint ist damit wohl etwa das Interesse der Laufentaler Gemeinden an ihren Quellen bei der Abstimmung über die Deponien.

Umgesetzt werden soll mit dem revidierten Gesetz die Bestimmung des nationalen Raumplanungsgesetzes, die verlangt, dass Bauzonen über die Gemeindegrenzen hinaus auf die raumplanerischen Ziele abgestimmt werden müssen. Dabei ist im kantonalen Gesetzesentwurf keine Pflicht zu Planungsregionen enthalten, wie dies zurzeit bei der Umsetzung der neuen Gemeindeautonomie vorgesehen ist –

im Birstal existiert mit der Birsstadt gar eine erste solche Planungsregion. Stattdessen soll minimal verankert werden, dass zu künftigen Neueinzonungen jeweils die Zustimmung aller Baselibieter Nachbargemeinden eingeholt werden muss. Verzichtet wird damit de facto auf eine Koordination mit Gemeinden von Nachbarkantonen – etwa Basel oder Dornach. In der Vernehmlassung wird immerhin eingeräumt, dass die vorgeschlagene Lösung möglicherweise nur vorübergehend Bestand hat: Bei den entsprechenden Gesprächen mit den Gemeinden über eine weitergehende Lösung ist der Kanton Baselland nämlich zeitlich in Verzug.

## Aus für Baulandhortung

Rigoros durchgesetzt werden sollen im Baselibiet die Bestimmungen des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes, wonach brachliegendes Bauland genutzt und die Siedlungsfläche verdichtet werden soll. Die auch im Baselibiet verbreitete Baulandhortung soll damit künftig verhindert werden. Gemäss dem neuen kantonalen Gesetzesparagrafen sollen Gemeinden eine Mindestnutzung festlegen dürfen, die bei mindestens 50 Prozent der maximal zulässigen Nutzung liegt. Terrainbesitzer sollen dann mit einer Frist von fünf Jahren zur Überbauung verpflichtet werden. Kommen sie der Verpflichtung nicht nach, erlaubt der Gesetzesentwurf als letztes Mittel eine Enteignung durch die Gemeinde. Schliesslich wird für Hochhäuser vorgeschlagen, dass Standorte im kantonalen Richtplan festzulegen sind. Die Gestaltung eines Hochhausquartiers soll einem Wettbewerbsverfahren unterliegen.

# Baselibieter Regierung soll wieder in den Verwaltungsrat Führungsverantwortung im Dossier EuroAirport

Von Saskia Schenker

Als Führungsverantwortliche kann man viele Aufgaben delegieren und trotzdem die entsprechende Verantwortung tragen. Bei gewissen Dossiers ist das jedoch nicht sinnvoll und kann zu Vertrauensverlust führen. So beim Thema Verwaltungsratsseitsitz beim EuroAirport Basel-Mulhouse.

Der Flughafen ist ein wichtiger Standortfaktor für unsere Region und von grosser Bedeutung für die Wirtschaft. Gleichzeitig führt das Wachstum des EuroAirports in den von Überflügen betroffenen Gemeinden immer wieder zu Diskussionen in der Bevölkerung. Es ist deshalb wichtig, dass dem Thema Flughafen eine entsprechende Bedeutung seitens der Regierung zukommt. Dieser Meinung ist auch der Landrat. Er unterstützte mein entsprechendes Postulat.

## Die Problematik darf nicht zunehmen, sonst wird die Kritik am Flughafen grösser.

Hintergrund meines Anliegens ist das am 15. Juni 2017 vom Landrat verabschiedete neue Gesetz über die Beteiligungen, das «Public Corporate Governance Gesetz» (PCGG). Gemäss dem Gesetz sind Regierung und Landrat grundsätzlich nicht im Verwaltungsrat einer Beteiligung vertreten, weil sie entweder die Aufsicht oder die Obergrenze darüber ausüben. Das ist wichtig und entspricht der Haltung der FDP. Mit dem PCGG haben wir die Beteiligungsgrundlagen des Kantons den modernen Gegebenheiten angepasst. Wir haben im Gesetz jedoch explizit zwei Ausnahmen zum Thema Verwaltungsratsseitsitz vorgesehen. Sie sind möglich, wenn es sich um eine

strategisch wichtige Beteiligung handelt und sich die Interessen des Kantons ohne diese Vertretung nicht wahrnehmen lassen oder wenn es sich um ein strategisches Führungsorgan mit Vertretungen anderer Kantone handelt.

## Fluglärm ist Chefsache

Im Verwaltungsrat Flughafen Basel-Mulhouse sitzen heute mit Christoph Brutschin und Elisabeth Ackermann zwei Regierungsvertreter des Kantons Basel-Stadt. Als Vertreter des Kantons Baselland trat der Leiter Standortförderung Thomas Kübler am 1. Juli 2017 die Nachfolge von Regierungsrätin Sabine Pegoraro an. In einem Dossier, das derart oft Ursache von politischen Diskussionen ist und die Bevölkerung entsprechend beschäftigt, erachte ich diesen Schritt als nicht sinnvoll. Es gilt, das Vertrauen der Bevölkerung darin zu stärken, dass unser Regierungsrat die Bedenken betreffend Fluglärm ernst nimmt und sich für austarierte Lösungen einsetzt.

Es muss vermieden werden, dass die Problematik zunimmt, sonst laufen wir Gefahr, dass die Kritik an dem für die regionale Wirtschaft wichtigen Standortfaktor Flughafen grösser wird. Der Landrat entschied nun, dass der Regierungsrat nochmals prüfen soll, ob es aufgrund der Bedeutung des EuroAirports nicht angezeigt ist, dass der Regierungsrat wieder persönlich Einsitz in den Verwaltungsrat nimmt. Damit würde der Regierungsrat zeigen, dass er seine Führungsverantwortung im Dossier wahrnimmt.



Saskia Schenker ist FDP-Landrätin aus Itingen.

# Stararchitekten veredeln Baselink

Allschwil erhält von Herzog & de Meuron eine prestigeträchtige Science-City



Schlicht, transparent, klar. Grid, der Innovations- und Gewerbekomplex von Herzog & de Meuron soll bis 2021 fertiggestellt sein. Visualisierung Herzog & de Meuron

Von Kurt Tschan

**Allschwil.** Baselink ist ein Leuchtturmprojekt für die Baselibieter Wirtschaft. Bis zu 10 000 Arbeitsplätze – so die Prognosen – könnten dereinst im Bachgraben-Gebiet in Allschwil entstehen. Das Entwicklungsgebiet umfasst stolze 75 000 Quadratmeter, was der Grösse von mehr als zehn Fussballfeldern entspricht. Überbaubar sind auf dem «International Hub für Rising Technologies» bis zu 29 000 Quadratmeter, die aufgeteilt sind in 16 Parzellen.

Den Takt der Entwicklung gibt nicht immer der Kanton an. Dies gilt auch für Baselink. Dieser redet zwar mit, wenn es um die zukünftige Nutzung von Arealen geht. Grundbesitzer sind jedoch häufig andere, in diesem Fall das Bürgerspital Basel und die Elektra Birseck Münchenstein (EBM). Sie entscheiden letztlich über das, was mit ihrem Land passiert oder eben nicht. So richtig Schwung in die Realisierung des

Projektes kam Mitte des letzten Jahres, als sechs Parzellen im Baurecht an zwei Firmen mit Sitz in St. Gallen abgetreten wurden.

Die Firma Senn Resources AG erwarb fünf Parzellen. Die Ostschweizer Entwicklerin plant mit den Architekten Herzog & de Meuron ein campusartiges Büro- und Forschungsgebäude und verleiht damit Allschwil nach dem Bau des Business Centers von Actelion weiteren architektonischen Glanz. Die Firma Fortimo Invest AG erwarb eine Parzelle für den Bau des zweiten Parkhauses auf dem Areal.

## Bau eingabe 2019

Auf einer weiteren Parzelle ist der Neubau des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Instituts geplant. Dieses disloziert 2020 von der Socinstrasse in Basel ins nahe Baseli. An der Ecke Hegenheimermattweg/Kreuzstrasse entstehen Labor-, Ausbildungs- und Arbeitswelten für die Forschungs-

Lehr- und Dienstleistungstätigkeiten.

Damit fasst das Tropeninstitut seine Aktivitäten unter einem Dach zusammen. Das Projekt «Belo Horizonte» der Architekten Kunz und Mösch aus Basel ist auf 90 Millionen Franken veranschlagt. Insgesamt 900 Arbeitsplätze werden auf einer Nutzfläche von rund 12 500 Quadratmetern Platz finden. Herzog & de Meuron plant die Bau eingabe für das nächste Jahr.

Während noch nicht entschieden ist, ob sich auch die Universität Basel in Baselink einquartieren wird, steht jetzt schon fest, dass der Schweizerische Innovationspark auf dem Bachgrabenareal in Allschwil seine definitive Bleibe finden will.

## Private an Bord holen

Der Switzerland Innovation Park Basel Area mit Sitz in Allschwil ist ein Ableger des vom Bund lancierten Switzerland Innovation Park. Die Startphase verlief sehr erfreulich. «Die Flächen

waren sofort sehr gut ausgemietet und es konnte eine Zusammenarbeit mit Instituten der Universität und des Unispitals mit einer privaten Forschungsförderung eingegangen werden», sagt der Baselibieter Standortförderer Thomas Kübler. Abgesehen wie AOT und Minnavent waren die Folge. Ende 2015 wurde der Verein aufgelöst und durch eine Aktiengesellschaft abgelöst. Aktionäre sind die Kantone Basel-Stadt, Basellandschaft und Jura. Damit befindet sich der Innovationspark in der ersten Phase in staatlicher Hand.

Thomas Kübler ist guten Mutes, «die wichtigen Player des regionalen Pharma-Clusters neben Vertretern der Bildungsinstitutionen künftig als Aktionäre einbinden zu können», wie er gegenüber der Baz sagt. Letztlich müsse es das Ziel sein, dass sich Privatunternehmen daran beteiligen. Bereits heute sind die grössten Pharma- und BioTech-Unternehmen am Projekt BaseLaunch beteiligt.

## Nachrichten

### Hubeli wird Mr. Schwing- und Älplerfest

**Pratteln.** Im letzten August war er OK-Präsident des Nordwestschweizer Teilverbandsfestes in Therwil, 2022 wird er als Geschäftsführer des Eidgenössischen Schwing- und Älplerfests in Pratteln tätig sein. Matthias Hubeli wird seine Stelle am 3. April antreten, wie die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion in Liestal mitteilt. Unterstützt wird er durch eine Assistenz im Teilpensum sowie durch Rolf Gasser, den Leiter der Geschäftsstelle des Eidg. Schwingerverbandes.

### Nico Rubeli wird neuer Pfarrer von Biel-Benken

**Biel-Benken.** Am kommenden Sonntag wird Dekanin Pfarrer Elke Hofheinz Nico Rubeli als neuen Pfarrer der Kirchgemeinde Biel-Benken in sein Amt einsetzen. Am Installationsgottesdienst in der reformierten Kirche um 10 Uhr werden zahlreiche Vertreter aus Politik und Kirche erwartet. Nach vier Jahren als Bergpfarrer im Albulatal kehrt Nico Rubeli somit wieder in die Region Basel zurück.

### Blauen führt weitere Runde Tische ein

**Blauen.** Der Gemeinderat von Blauen will die Bürgerbeteiligung fördern. Er hat deshalb die Einrichtung Runder Tische gutgeheissen. In den nächsten Wochen werden die Konzepte für das Jugend-, das Senioren- und das Vereinsforum erarbeitet.

### Private Patrouillen in Niederdorf

**Niederdorf.** Die 24 Security GmbH wird auch in Zukunft Patrouillen in der Gemeinde durchführen. Wie der Gemeinderat schreibt, werden diese in unregelmässigen Intervallen durchgeführt. Sie sollen auch den ruhenden Verkehr überwachen.